

„Wir wehren uns mit Händen und Füßen“

Diskussion um Ausbau der Bahnstrecke: Bloßes Planspiel oder rechtzeitig erkannte Realität?

Weserbergland (wer). Die Deutsche Bahn und das Bundesverkehrsministerium sehen in der Diskussion um den Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Elze viel Rauch, aber wenig Feuer. Ob und wann das Szenario eines zweiten Gleises Wirklichkeit wird, stehe in den Sternen, sei aber eher eine Frage von Jahrzehnten als von Jahren – so der Tenor einer Diskussion mit den Spitzen der heimischen Politik. Die Botschaft lief ins Leere: Kommunalpolitiker und Bürgervertreter ließen sich in ihrem Protest kaum besänftigen und kündigten Widerstand gegen die Pläne an.

Auf Initiative von Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) kamen in Hessisch Oldendorf gestern die Bundestagsabgeordneten aus Schaumburg und Hameln-Pyrmont mit ihren Landtagskollegen und Vertretern der Kommunen sowie Sprechern des Bürgerprotestes zusammen, um über den möglichen Streckenausbau zu diskutieren. Deutlich wurde dabei: Die betroffenen Bürgermeister und Anwohner messen dem Thema eine andere Dringlichkeit bei als die Bundespolitiker, Bahn- und Ministeriums-Vertreter.

Dabei war das Eröffnungsstatement der CDU-Bundestagsabgeordneten Rita Pawelski dazu angetan, die Wogen zu glätten. Nicht wie öffentlich behauptet 100, sondern nur 24 Güterzüge würden im Prognosejahr 2025 bei einem Ausbau der Strecke täglich durch das Weserbergland rollen, mit einer Höchstgeschwindigkeit von 120 Kilometern. Diese Details nennt Enak Ferlemann, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, in einem Schreiben an Pawelski. Demnach würde der Ausbau nur einen Zuwachs von 16 Zügen bedeuten. „Selbst wenn es zum Ausbau kommt, ist das verschwindend wenig“, kommentiert Ulrich Bischooping, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn für Bremen und Niedersachsen. Die Frage nach dem gegenwärtigen Planungsstand beantwortete er mit einem Satz: „Es gibt keine Planung.“

Bischooping wollte den Ausbau „für die weitere Zukunft nicht ausschließen“, sah die Realisierung allerdings noch „in weiter Ferne“. „Ich werde das in meiner aktiven Zeit nicht mehr erleben.“ Selbst wenn das Projekt 2015 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans vom „weiteren“ in den „vordringlichen“ Bedarf hochgestuft werde, bedeute das nicht, dass der Bau unmittelbar bevorstehe:



„Durch die Hintergärten der Bevölkerung“: Hameln wäre vom Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Elze mit am stärksten betroffen. Foto: Wal

„Auch bei den vordringlichen Maßnahmen ist der Bundesverkehrswegeplan hoffnungslos überzeichnet.“

Zudem lägen die Prioritäten woanders, machte Hans-Peter Wyderka, Referatsleiter im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, deutlich: Investitionen würden auf den Ausbau des Nord-Süd-Verkehrs konzentriert, nicht auf die Ost-West-Achse. Beim Bahnverkehr von den Seehäfen ins Hinterland habe man vor der Wirtschaftskrise die Auslastungsgrenze erreicht.

Der Schaumburger SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy peilte 2015 als mögliche Weichenstellung an: Dann werde der Bundestag über den neuen Verkehrswegeplan beschließen. Grund „für Panik oder Aktionismus“ bestehe nicht: „Selbst wenn die Strecke in den vordringlichen Bedarf genommen wird, wird es noch 20 Jahre dauern, ehe konkret etwas passiert.“

Einen anderen Zungenschlag brachte Edathys Partei- und Bundestagskollegin Lösekrug-Möller in die Debatte: „Die Zeit bis 2015 vergeht verdammt schnell.“ Auch sie wolle keine Alarmstimmung verbreiten, aber so früh wie möglich Klarheit schaffen. „Denn 2015 ist es mit der politischen Beteiligung vorbei.“

Deutlich schärfer äußerte sich Hamelns Oberbürgermeisterin Susanne Lippmann: „Die Stadt Hameln wird sich

mit Händen und Füßen gegen den Ausbau wehren.“ Die Güterzüge würden „mitten durch die Stadt“ rauschen, „in den Hintergärten der Bevölkerung“. 12.000 Menschen wären von einem Ausbau betroffen. Die Zahl von 24 Güterzügen wollte Lippmann so nicht stehen lassen: „Wer garantiert uns, dass es am Ende nicht 30 oder 50 werden?“ In der Tat räumte Bischooping ein, es handle sich lediglich um eine Planzahl.

In die gleiche Kerbe schlug Hameln-Pyrmonts Landrat Rüdiger Butte: „Ihre Ausführungen haben mich nicht beruhigt“, bescheinigte er dem Bahn-Bevollmächtigten. Er habe „riesigen Aufklärungsbedarf“, warum die alternative Strecke Minden-Hannover plötzlich durchgefallen sei.

Rintelns Bürgermeister Karl-Heinz Buchholz verwies auf Fürsprecher aus der Wirtschaft Ostwestfalens, die für Minden-Hannover plädierten – und auf Rintelner Hauseigentümer, die ihre Immobilie schon jetzt nicht mehr verkaufen könnten. Buchholz drohte mit Klage, falls die Zahl der Güterzüge nicht auf 24 „gedeckt“ werden könne.

Bettina Tovar-Luthin, Vorsitzende der Bürgerinitiative „BI Transit“, fasste ihre Eindrücke der Debatte so zusammen: „Es gibt so viele Ungewissheiten. Wir wollen Gewissheit haben, was auf der Strecke passiert!“

KOMMENTAR

Güterverkehr, wohin?

VON FRANK WERNER

Wenn man aus der Geschichte lernen kann, heißt die Lehre aus Stuttgart: Kritik darf nicht erst laut werden, wenn der Zug fast abgefahren ist. Insofern ist es richtig, dass sich die Kritiker des Streckenausbau durch ministerielle Beruhigungsspielen nicht den Wind aus den Segeln nehmen lassen. Es ist gut, dass sich der Protest formiert, bevor das Projekt die Schwelle zum formellen Verfahren überschreitet – denn dann sind die Weichen in der Regel unverrückbar gestellt.



Aber die Kritiker müssen eine ganz andere, grundsätzliche Frage beantworten: Wo soll der Güterverkehr bleiben?

Gerade mal zehn Jahre nach dem sechsspurigen Ausbau der A2 denkt der Ministerpräsident laut über acht Spuren nach – eine Bankrotterklärung der Politik, die es nicht geschafft hat, die Schiene für den an-

schwellenden Güterverkehr attraktiver zu machen. Wer aber genau das will, wer den Infarkt auf der Straße durch Verlagerung auf die Schiene verhindern möchte, muss sagen, wo die Züge rollen sollen.

Das bloße Kosten-Nutzen-Kalkül, das aktuell für die Strecke durch das Weserbergland spricht, greift hier zu kurz. Es klammert die Betroffenheit von Menschen aus, ignoriert die soziale Verträglichkeit, die letztlich – siehe Stuttgart – ausschlaggebend sein kann.

Mit Blick auf die Kollateralschäden ist fraglich, ob eine Trasse, die mitten durch die Kernstadt Hamelns führt, günstiger sein kann als die Route von Minden nach Hannover. Denn das sollte die Bahn, so angestrengt sie auch auf die Börse schießt, irgendwie gelernt haben aus der Geschichte: Wirtschaftlich ist ein Projekt nur, wenn es durchsetzbar ist.

f.werner@dewezet.de

KURZ NOTIERT

Geschäftsführer Demus muss gehen

Hameln-Pyrmont (HW). Die Klimaschutzagentur Weserbergland gGmbH trennt sich von ihrem Geschäftsführer Michael Demus (41). Das hat der Landkreis Hameln-Pyrmont gestern ohne Angabe näherer Gründe in einer kurzen Pressemitteilung angekündigt. Die Trennung erfolgt während der Probezeit, heißt es. Der studierte Politologe hatte am 16. November des vergangenen Jahres die Geschäftsführung übernommen. Demus sollte die neu gegründete Klimaschutzagentur im Landkreis bekanntmachen und mit Leben erfüllen. Dem Vernehmen nach galt sein Agieren den Gesellschaftern als zu umständlich und glücklichlos. Diese Aufgabe soll jetzt ein Nachfolger des gebürtigen Hannoveraners übernehmen. Entsprechende Verhandlungen stünden unmittelbar vor Vertragsabschluss, teilte der Landkreis mit.

Ab gestern Briefe für die Sozialwahl

Weserbergland. Die Sozialwahl 2011 steht ins Haus. Viele Bürger bekommen seit gestern die Wahlunterlagen. Bei dieser Wahl geht es um die Sozialversicherungen, zu denen die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung sowie die gesetzliche Rentenversicherung gehören. Die Träger sind vom Staat unabhängige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ein wichtiges Prinzip ist, dass Arbeitgeber und Versicherte ein volles Mitspracherecht haben sollen. Dies wird über Organe der Selbstverwaltung, die Parlamente, ausgeübt. Die Sozialwahl als Briefwahl findet alle sechs Jahre statt. Die Rücksendung der Wahlbriefe ist portofrei.

HEIZÖLPREISE

In der Region pro 100 Liter in Euro:
1500-2500 Liter: 91,04 - 92,23 €
2500-3500 Liter: 89,25 - 89,61 €
3500-4500 Liter: 88,42 - 88,77 €

Preise inklusive Mehrwertsteuer.

(Angaben ohne Gewähr)

PEGELSTÄNDE

Hann. Münden	133 + 5
Höxter	132 - 3
Bodenwerder	154 +/- 0
Hameln	136 +/- 0
Rinteln	168 - 3
Porta	173 - 3

TAGESSPRUCH

Daß uns der Anblick der Tiere so ergötzt, beruht hauptsächlich darauf, daß es uns freut, unser eigenes Wesen so vereinfacht vor uns zu sehn.

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph, 1788-1860

Bei den Löschmannschaften droht die große Flaute

Versammlung des Kreisfeuerwehrverbandes beschäftigt sich mit Folgen des demografischen Wandels

Hameln-Pyrmont (ubo). Der demografische Wandel hat auch die Kreisfeuerwehr erreicht. Dieses Thema zog sich durch die Ansprachen der Redner auf der diesjährigen Versammlung des Kreisfeuerwehrverbandes in der Stadthalle Hessisch Oldendorf. „Der demografische Wandel kommt nicht, er ist da“, stellte der Dezernatsleiter 23 der Polizeidirektion Göttingen, Branddirektor Klaus Wick-

boldt, für die Feuerwehren fest. So kündigte auch Landrat Rüdiger Butte an, dass nach Berechnungen im Jahr 2030 im Landkreis nur noch 128.000 Einwohner, also etwa 25.000 weniger als heute, leben werden.

Deutlich wird der Wandel bei den Aktiven und der Jugendfeuerwehr schon heute, wie Kreisbrandmeister Frank Wöbbecke kurz anriss. So habe sich die Zahl der Aktiven

um 50 auf 3518 verringert. Kreisjugendwart Carsten Pook führte aus, dass zum 31. Dezember letzten Jahres 331 Mädchen und 642 Jungen Mitglied in den 75 Jugendfeuerwehren des Kreises waren. „Bedauerlicherweise hat sich der Trend der Vorjahre bezüglich des Rückganges fortgesetzt, somit haben wir einen Rückgang von 60 Mitgliedern, entsprechend sechs Prozent. Im Vergleich der letzten Jahre

haben wir von 2005 zu 2010 sogar einen Rückgang von 15 Prozent zu verzeichnen“, machte Carsten Pook deutlich.

Landrat Rüdiger Butte schnitt bei der Versammlung auch das Thema Digitalfunk an, das die Wehren seit Jahren beschäftigt. So soll am 1. Oktober 2012 ein Testbetrieb beginnen. „Vorbereitungen laufen bereits. In der Leitstelle sollen die tech-

nischen Vorbereitungen in der ersten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen sein“, kündigte Butte an. Die Umstellung auf den Digitalalarm, für die eine Projektgruppe gemeinsam mit dem Landkreis Holzminden verabredet ist, ist im Landkreis für Ende August geplant. Der Landrat sprach sich dafür aus, dass auch die Unternehmen und Betriebe ihren Beitrag leisten. „Sonst wird es problematisch“, so Butte.